

dazu auf, „Ferment der Einheit und der Versöhnung“ in einem Land voller Spaltungen zu sein und mit ihren Mitbürgern guten Willens zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig werden sie aber ermahnt, ihre Freiheiten zu verteidigen, besonders die Freiheit, „die Werte des Evangeliums zu verkünden und gemeinsam zu leben“. Im Hintergrund steht letztlich die Sorge um das weitere Schicksal der *christlichen Minderheiten* im Nahen Osten. Das Apostolische Schreiben stellt ausdrücklich fest, die Entwicklung des Christentums im Libanon beeinflusse entscheidend die Präsenz der Christen im Nahen Osten. Die Christen der arabischen Welt hätten sich, so der Papst, in dieser Region zu Hause gefühlt; sie hätten dort zur Verbreitung von Kultur und Fortschritt zum Wohl aller beigetragen.

Ob es in den nächsten Monaten und Jahren gelingt, dem Libanon, wie im päpstlichen Schreiben gewünscht, seine „ursprüngliche Physiognomie“ eines demokratischen und durch das geregelte Zusammenleben der Kulturen und Religionen geprägten Landes wiederzugeben, steht dahin. Darüber hinaus ist der weitere Weg der vielfach schon stark zusammengeschrumpften christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten angesichts der Entwicklungen im Islam mit zahlreichen Risiken und Unwägbarkeiten belastet. Sicher voraussagen läßt sich allerdings, daß der päpstliche Vorschlag eines international garantierten Status für Jerusalem für absehbare Zeit ein Wunschtraum bleiben wird. Das zu erkennen hätte es der ablehnenden Reaktionen aus Israel nicht einmal bedurft. Es bleibt die Frage, ob nicht doch weitere Kurskorrekturen der vatikanischen Nahostpolitik notwendig werden dürften.

111

## Einladung

Während sich in den kommunistischen Ländern mit Ausnahme der Sowjetunion das Verhältnis zu den Kir-

chen in den letzten Jahren zwar nicht entspannt hat, sich aber nach Ländern verschieden jeweils um einiges weniger feindlich gestaltet, geht in der ČSSR zwischen Kirche und Staat schon lange so gut wie nichts mehr.

*Staatliche Repressalien* gegenüber der gläubigen Bevölkerung des Landes, wo immer sie nur möglich sind, spektakuläre Polizeiaktionen gegen die von den Behörden als illegal eingestuft religiösen Unternehmungen, Priesterprozesse und immer wieder staatliche Berufsverbote für Geistliche, deren seelsorglicher Erfolg den Behörden ein Dorn im Auge ist, wobei man nicht einmal mehr den üblichen Weg des Drucks auf die Bischöfe ging, sondern das Verbot selbst aussprach: Auf solche Vorgänge bezieht sich das meiste, was in den letzten Jahren aus der ČSSR in Fragen von Kirche und Religion gemeldet wird. Die Besprechungen von Sondernuntius Erzbischof *Luigi Poggi* Anfang März in Prag endeten ebenso ergebnislos wie der Besuch von ČSSR-Außenminister *Chnoupek* im Dezember 1983 im Vatikan. Eine reale Aussicht, die elf vakanten Bistümer mit neuen bzw. mit für die Kirche akzeptablen Kandidaten zu besetzen, scheint es nach wie vor nicht zu geben. Das einzig Erfreuliche, was sich in vielen, in den Westen gelangten Äußerungen dokumentiert, ist die wachsende Bereitschaft nicht weniger Katholiken, sich in ihrem religiösen und kirchlichen Leben durch staatliche Repressalien nicht einschüchtern zu lassen.

Um so mehr ließ die jüngste Initiative des 84jährigen Kardinals und Erzbischofs von Prag, *František Tomášek*, aufhorchen, der Mitte April den Papst namens der tschechoslowakischen Katholiken aus Anlaß der Methodius-Feiern im nächsten Jahr *in die Tschechoslowakei einlud*.

Anders als bei der vor einiger Zeit beim Ad-limina-Besuch der litauischen Bischöfe dem Papst gegenüber ausgesprochenen Einladung nach Litauen, scheint es sich im Falle der ČSSR nicht um einen Luftballon in Form spontaner Höflichkeit zu handeln, denn als Tomášek die Einladung an den Papst ausdrücklich und öffent-

lich bestätigte, fügte er hinzu, auch die tschechoslowakischen Behörden seien über die Einladung informiert, hätten aber bisher nicht dazu Stellung genommen.

Ob daraus wirklich etwas werden kann, muß abgewartet werden. Selbst wenn westliche Meldungen zutreffen, hohe Staatsfunktionäre hätten geäußert, einer solchen Reise stünde nichts im Wege, muß das nicht mehr bedeuten als eine *unverbindliche Zusage* mit dem Ziel einer verbindlichen Absage. Die Tatsache, daß Katholiken, die sich vor allem in der Slowakei an einer Unterschriftenaktion für den Papstbesuch beteiligten, von der Polizei belangt wurden und das auch noch, nachdem die offizielle Einladung durch Tomášek bekannt geworden war, spricht nicht gerade für einen neuen Kurs der Prager Führung.

Interessant ist allerdings ein Vorgang, der sich fast zur gleichen Zeit abspielte: Einer heftigen Attacke der Parteizeitung „Tribuna“ auf den Papst, in der Johannes Paul II. als der „reaktionärste Papst dieses Jahrhunderts“ bezeichnet wurde, folgte nicht nur eine harsche Erwiderung des Kardinals, sondern eine „Richtigstellung“ im Zentralorgan der gleichgeschalteten christlich-demokratischen Volkspartei „Lidova Demokracie“ (12. 4. 84): Der Beitrag der „Tribuna“ repräsentiere nicht die Parteilinie, sondern „undisziplinierte Randerscheinungen“.

Daraus wurde von westlichen Kommentatoren, u. a. von Kathpress-Herausgeber *Richard Barta*, in einem Kathpress-Kommentar (2. 5. 84) geschlossen, in der ČSSR gebe es gegenwärtig eine noch unentschiedene kirchenpolitische *Auseinandersetzung* zwischen Pragmatikern und Dogmatikern (einen „Zwist unter Brüdern“ sozusagen). Selbst wenn diese Spekulation bleiben sollte, die Tatsache, daß eine so subaltern geführte Zeitung wie die „Lidova Demokracie“ eine solche Distanzierung wagen konnte, läßt vermuten, daß es selbst in der Partei- und Staatsführung Leute gibt, die im Kirchenkampf wenigstens nicht alle diplomatischen Rücksichten vergessen haben.